



Pressemitteilung Nr. 16-170
vom 09.05.11

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.spd-fraktion-niedersachsen.de

Bombenräumer: SPD lehnt Privatisierung ab

Die am (heutigen) Montag von Innenminister Uwe Schünemann angekündigte Privatisierung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes (KBD) wird von der SPD-Landtagsfraktion strikt abgelehnt. „Wer in einem so sensiblen Bereich tätig ist, wie es die Räumung von Blindgängern darstellt, muss eng in die staatliche Gefahrenabwehr eingebunden und in die Strukturen von Polizei und Katastrophenschutz eingebettet sein, etwa bei Evakuierungen. Eine Privatisierung dieser Aufgabe lehnen wir deshalb ab“, sagte Klaus-Peter Bachmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, am Montag in Hannover.

Bombenräumung sei eine hoch sensible und hoch spezialisierte Tätigkeit, die man nicht ohne Weiteres an Privatfirmen vergeben dürfe. Bachmann: „Wir sehen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben grundsätzlich kritisch. In diesem Fall aber bleibt kein Raum für Diskussionen, weil es hier um die Sicherheit der Bevölkerung geht.“

Der SPD-Innenexperte erinnerte daran, dass Innenminister Schünemann schon seit Langem mit dem Gedanken der Auflösung des KBD gespielt habe: „Bereits wenige Wochen nach dem tragischen Unglücksfall in Göttingen, bei dem im Juni 2010 drei Kollegen des KBD ums Leben gekommen waren, waren entsprechende Gerüchte aus Schünemanns Haus gedrungen. Wir hielten das schon damals für pietätlos.“

Bachmann wies zudem darauf hin, dass mit der Auflösung des KBD eine weitere Aufgabe der Zentralen Polizeidirektion (ZPD) weg falle. „Die KBD-Auflösung reiht sich zu den Einschnitten bei der Hubschrauberstaffel und der

Wasserschutzpolizei ein. Diese Salami­taktik nährt den Verdacht, der Minister plane eine Abwicklung der ZPD. Wir wiederholen unsere Forderung nach Klarheit für die ZPD“, so Bachmann.